

Hintergrundmaterial zur aktuellen Debatte Kinderarmut

In Medienberichten wurde der Eindruck erweckt, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ermittelten Angaben zu Kinderarmut müssten enorm nach unten reduziert werden. Ja sogar von einer Halbierung auf **rund 8 %** ist die Rede.¹ Nun ist die statistische Berechnung von Armut ein kompliziertes Feld, es gibt jedoch genügend Belege dafür, dass im Bereich Kinderarmut wahrlich keine Entwarnung gegeben werden kann. Dafür sprechen folgende Tatsachen:

a) Die Werte, die gerade kursieren und den Berechnungen des DIW entgegen gehalten werden, entsprechen nicht dem EU-Standard (60 % des mediangemittelten Nettoäquivalenzeinkommens, neue OECD-Äquivalenzskala, imputierte Mietwerte). Vielmehr wurden die jüngst veröffentlichten Armutswerte wie folgt ermittelt: 50 % des mediangemittelten Nettoäquivalenzeinkommens, quadratwurzeläquivalenzgewichtet, ohne imputierte Mietwerte.²

b) Laut einer mündlichen Auskunft des DIW am 10.05.2011 und der DIW-Veröffentlichung am 12.05.2011 liegen die Kinderarmutswerte weit über den kursierenden Angaben. Die Armutsrisikoquote (EU-Standard) bei Kinder unter 18 Jahren betrug im Jahr 2008 **16,4 %**. Dieser Wert wurde von der Bundesregierung bestätigt!³ Das ist eine nur leichte Senkung der Kinderarmut gegenüber 2000 (ca. 18 %).

c) Das Statistische Bundesamt hat in einer Pressemitteilung vom 29.10.2010 mitgeteilt, dass in Deutschland im Jahr 2008 **15,0 %** der Unter-18-Jährigen armutsgefährdet sind. Dieser Wert wurde mit dem EU-SILC ermittelt.⁴ Nach dem Mikrozensus liegen die Werte für 2008 bei **18,4 %**.

d) Zwar ist der Bezug von Hartz-IV-Leistungen nicht automatisch mit Armutsgefährdung gleichzusetzen, es kann jedoch von einer gewissen Überschneidung ausgegangen werden. Knapp 2 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 leben im Hartz-IV-Bezug (Dez. 2010). Das sind rund **13 %** der insgesamt rund 15 Millionen Unter-18-Jährigen.

→ Alle diese Fakten weisen darauf hin, dass die Kinderarmut weit über den aktuell kursierenden rund acht Prozent liegt.

¹ siehe z. B. Bericht Statistikpanne beim DIW unter:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,761070,00.html>

² Um verschiedene Haushaltstypen vergleichbar zu machen, werden Armutsquoten mittels einer Äquivalenzskala ermittelt. EU-Standard ist die neue OECD-Äquivalenzskala, die dem Haushaltvorstand den Faktor 1,0, einem weiteren Haushaltmitglied ab dem 15. Lebensjahr den Faktor 0,5 und einem Haushaltmitglied unter dem 15. Lebensjahr den Faktor 0,3 gibt. Dagegen wurde bei den jüngst ermittelten Werten eine andere Formel zur Äquivalenzgewichtung benutzt: die Quadratwurzel der Anzahl der Haushaltmitglieder. Außerdem ist EU-Standard, dass bei selbstgenutztem Wohneigentum vergleichbare Mietwerte in das ermittelte Einkommen eingeführt werden. Denn es handelt sich dabei um fiktive (Netto-) Einkommensvorteile aus selbst genutztem Wohneigentum. Dadurch erhöhen sich die ermittelten Einkommenswerte und damit auch der Median und die davon abgeleiteten Armutsdaten. Diese Imputation des Mietwerts bei selbstgenutztem Wohneigentum erfolgte bei den von uns kritisierten Werten in Abweichung vom EU-Standard nicht.

³ Antwort der BR (Arb. Nr. 5/77) vom 17.05.2011 auf die Schriftliche Frage von Katja Kipping (Anhang) und siehe DIW: http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.372595.de

⁴ EU-SILC = European Union Statistics on Income and Living Conditions, vgl.

http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2010/10/PD10_395_634.templateld=renderPrint.psm

Von wegen Musterlände! Kinderarmut in Sachsen im Vergleich⁵

Sachsen	2005	2006	2007	2008	2009
0-17 Jahre	27,2	26,3	27,4	25,1	26,1
18-25 Jahre	30,2	30,0	31,2	31,5	33,0

- ➔ Bei den Unter-18-Jährigen lebt jedes vierte Kind in Armut und bei den Jugendlichen über 18 sogar jedes dritte.
- ➔ Damit liegt Sachsen weit über dem Durchschnitt von Deutschland.
- ➔ Damit liegt Sachsen gerade mal im Mittelschnitt der ostdeutschen Bundesländer und über den Werten von Berlin und Brandenburg.

Vergleiche

bundesweit	2005	2006	2007	2008	2009
0-17 Jahre	19,5	18,6	18,4	18,4	18,7
18-25 Jahre	23,3	22,3	22,4	22,4	22,9

Ostdeutsche Bundesländer (mit Berlin gesamt)

0-17 Jahre	29,0	27,4	27,2	26,7	26,8
18-25 Jahre	31,9	29,9	30,7	30,4	31,2

Berlin

0-17 Jahre	26,7	23,0	23,4	25,2	25,9
18-25 Jahre	36,7	29,3	30,4	31,8	34,4

Brandenburg

0-17 Jahre	26,9	26,9	23,4	21,0	21,5
18-25 Jahre	29,5	28,0	26,3	24,2	24,7

⁵ Armutsrisikoquoten nach dem Mikrozensus: <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/A1armutsgefaehrungsquoten.html>

Kritik an Bildungspaket und Kinderzuschlag

Die ersten Erfahrungen mit dem **Bildungspaket** bestätigen die Kritik. Viel Bürokratie, viel Aufwand für wenig Ergebnis. Nur etwa zwei Prozent der Anspruchsberechtigten hatte bis Mitte April einen Antrag gestellt. Und das trotz teurer Kampagne. Für ca. 2,6 Millionen Euro wurden teure Werbespots von der Bundesregierung in Auftrag gegeben und Haltestellenwerbung betrieben – ganz offensichtlich an der Zielgruppe vorbei.

Offensichtlich wollen viele Betroffenen verhindern, dass die Vereine erfahren, dass ihr Kind auf Hartz-IV-Leistungen angewiesen ist. Exemplarisch steht der Auszug aus einer Mail:

„... habe im Zuge einer anderen Aktion gestern vor dem Jobcenter noch mal auf das Bildungspaket und die dringend erforderliche Antragsstellung auf Basis der KOS-Vorlage hingewiesen. Ergebnis: Die Betroffenen WOLLEN das - zu einem weitaus überwiegenden Anteil - gar nicht beantragen!!! Die Argumentation geht ungefähr: Da würde ja gegenüber den Anbietern ((Sport-) Verein, Musikschule etc.) aufgedeckt, dass mein Kind "Hartz IV" bezieht, bzw. davon lebt. Das will ich gar nicht! Ich bemühe mich vielmehr darum, mein Kind möglichst gar nicht spüren zu lassen, und ihm ein möglichst 'normales Leben' zu ermöglichen, und da ist / wäre so eine Offenbarung äußerst kontraproduktiv!“

Bis zum 10.05.2011 wurden in Dresden nur 6.200 Anträge eingereicht.⁶ Und das bei rund 20.500 Anspruchsberechtigten! Im Vogtlandkreis liegen bisher 2.500 Anträge bei 12.000 Anspruchsberechtigten vor (Stand vom 07.05.2011), im Landkreis Zwickau 1.500 Anträge bei 15.000 Berechtigten (Stand 10.05.2011), in Chemnitz 5.500 Anträge bei 15.000 Berechtigten (Stand 11.05.2011⁷). In Leipzig haben von 29.000 berechtigten Kindern bisher nur 5.300 Anträge eingereicht.

Das entspricht einer bisherigen Inanspruchnahme zwischen 10 % und 30 %.

Auch der einst mit viel Öffentlichkeitsarbeit eingeführte **Kinderzuschlag** weist ähnliche Probleme auf. Nach einer Studie von Irene Becker/Richard Hauser liegt die reale Inanspruchnahme von Kinderzuschlag bezogen auf alle Kinderzuschlagsanspruchsberechtigten bei ca. 32 Prozent. Dieser Wert wurde auch vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bestätigt.⁸

→ **Bürokratische, diskriminierende und stigmatisierende Sachleistungen und Transfers wie der Kinderzuschlag gehen am Großteil der Betroffenen vorbei und beheben somit nicht das Problem der Armut bzw. verdeckten Armut.**

→ **Es ist höchste Zeit für eine breite Debatte über die Ausgestaltung einer diskriminierungs- und stigmatisierungsfreien Kindergrundsicherung.**

⁶ Pressemitteilung Landeshauptstadt Dresden - Informationsoffensive zum Bildungs- und Teilhabepaket in Dresden, 09.05.2011.

⁷ In Chemnitz gibt es Einzelanträge für jeden Bereich des Pakets, daher sind diese Angaben nicht direkt mit den anderen vergleichbar.

⁸ Vgl. zu beiden Angaben Irene Becker / Richard Hauser: Kindergrundsicherung, Kindergeld und Kinderzuschlag: Eine vergleichende Analyse aktueller Reformvorschläge. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung. 2010: S. 56 und 141: http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2008-182-4-3.pdf



Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Katja Kipping
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Andreas Storm

Staatssekretär

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-0

FAX +49 30 18 527-1830

E-MAIL info@bmas.bund.de

Berlin, *17.* Mai 2011

Schriftliche Frage im Mai 2011

Arbeitsnummer 5/77

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, *liebe Frau Kipping,*

als Anlage übersende ich Ihnen die Antwort auf Ihre o. a. Frage.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Storm

Schriftliche Frage im Mai 2011

Arbeitsnummer 5/77

Frage Nr. 5/77:

Wie hoch war die Armutsquote für Kinder bzw. Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr und für Jugendliche vom 18. bis zum 25. Lebensjahr nach EU-Standard (60 Prozent des mediangemittelten Nettoäquivalenteinkommens, neue OECD-Skala, imputierte Miete bei selbstgenutztem Wohneigentum) in Deutschland im Einkommensjahr 2007, 2008 und 2009 nach dem Sozioökonomischen Panel?

Antwort:

Aktuell liegen entsprechende Angaben aus dem Sozioökonomischen Panel (SOEP) 2009 bis zum Einkommensjahr 2008 vor. Daten für das Einkommensjahr 2009 (SOEP 2010) sind noch nicht verfügbar.

Danach betrug die Armutsrisikoquote auf Basis der in der Frage genannten Konventionen für Kinder und Jugendliche bis 17 Jahre 17,5% im Jahr 2007 und 16,4% im Jahr 2008. Für junge Erwachsene im Alter von 18 bis 24 Jahren betragen die Quoten 26,3% im Jahr 2007 und 24,8% im Jahr 2008.

Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, dass die Einkommen der Gruppe der jungen Erwachsenen geprägt sind von Ausbildung und Berufseinstieg. Dementsprechend unterliegt diese Altersgruppe zwar überdurchschnittlich dem statistischen Armutsrisiko, bei einer dynamischen Betrachtung ist dort aber auch eine hohe Aufwärtsmobilität der Einkommen festzustellen, da zum Beispiel Studenten mit in der Regel nur geringem Einkommen später gut verdienen.